



Verband  
Angestellter  
Apotheker  
Österreichs

STARK AUF IHRER SEITE.

## VAAÖ-SATZUNGEN 2010



# SATZUNGEN 2010 des VAAÖ – Verband Angestellter Apotheker Österreichs Berufliche Interessenvertretung

## § 1 Name, Sitz und Wirkungsbereich des Verbandes

- (1) Der Verein führt den Namen „**VAAÖ - Verband Angestellter Apotheker Österreichs – Berufliche Interessenvertretung**“ (im Folgenden kurz „VAAÖ“ genannt). Er hat seinen **Sitz** in Wien.
- (2) Der **räumliche Wirkungsbereich** des Verbandes erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet **Österreich**.
- (3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist beabsichtigt.
- (4) Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

## § 2 Vereinszweck

- (1) Der Verband vertritt die **beruflichen, rechtlichen, sozialen, gesellschaftspolitischen** und kulturellen Interessen der angestellten Apotheker und der Studierenden der Pharmazie Österreichs mit dem unmittelbaren und ausschließlichen Ziel durch kollegialen Zusammenhalt innerhalb der Pharmazie die flächendeckende pharmazeutische Versorgung der österreichischen Bevölkerung sicherzustellen.
- (2) Der Verband ermöglicht bzw. fördert die wissenschaftliche und berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pharmazeuten und der Studierenden der Pharmazie im Interesse des wissenschaftlichen Fortschritts und der praktischen Anwendung zum Wohle der österreichischen Bevölkerung.
- (3) Der Zweck des Verbandes ist gemeinnützig und nicht auf Erzielung eines Gewinnes gerichtet.

## § 3 Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- (1) Der Vereinszweck (§ 2) soll durch die unten angeführten **ideellen** und **materiellen** Mittel erreicht werden.
- (2) Als **ideelle Mittel** dienen insbesondere
1. die Gestaltung der Regelungen für die Arbeitsbedingungen der pharmazeutischen Fachkräfte und der Entlohnung durch **Abschluss von Kollektivverträgen** und Vereinbarungen mit den Sozialpartnern der angestellten Apotheker und Pharmazeuten sowie die Überwachung der Einhaltung apothekenrechtlicher sowie arbeits-, berufs- und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften und des allgemeinen und speziellen Arbeitnehmerschutzes (Kollektivvertragsfähigkeit);
  2. die rechtliche und finanzielle Unterstützung der Mitglieder des Verbandes insbesondere in Arbeits- und Sozialrechtssachen, soweit die Mittel des Verbandes

es ermöglichen und der Streitgrund nach Ermessen des Verbandes gerechtfertigt erscheint (**Rechtsschutz**);

3. die Erstellung von Wahl- bzw. Besetzungsvorschlägen in die öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Apotheker bzw. in andere **Organisationen** der Pharmazie oder in Organisationen mit verwandten Aufgabengebieten (insb. der Arbeitnehmervertretung);

4. die Entsendung von **Vertretern des Verbandes** in berufs-, rechts-, sozial- und wirtschaftspolitische Ausschüsse und Organe öffentlich- und privatrechtlicher Körperschaften und Vereinigungen;

5. die Ausarbeitung von **Stellungnahmen**, Gutachten, Berichten und Vorschlägen an gesetzgebende Körperschaften, Organe und Dienststellen der Bundes- und Landesbehörden, der Berufsvertretungen und sonstigen Gemeinschaften, sowie die Teilnahme auf sonstige in Gesetzen vorgesehene Weise an der staatlichen Verwaltung;

6. die Mitwirkung bei allen **Maßnahmen** und Einrichtungen, die das **Arbeitsverhältnis betreffen** oder die zur Hebung der **wirtschaftlichen und sozialen Lage** in der Pharmazie beitragen (z.B. Stellenvermittlung, Einrichtungen zur Förderung der Vollbeschäftigung, des Konsumentenschutzes, der Gesundheit oder des Umweltschutzes);

7. das Bemühen um die **Sicherung der Arbeitsplätze** in der Pharmazie und im Gesundheitswesen

8. der Abschluss von **Gruppenversicherungen** zugunsten der Mitglieder;

9. die **finanzielle Unterstützung** von in Not geratenen Mitgliedern, deren Angehörigen oder Hinterbliebenen nach Ermessen und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel des Verbandes;

10. Gespräche und Verhandlungen mit **Betriebsinhabern** oder Apothekenleitern über die Abstellung gesetzwidriger Zustände in den Betrieben bzw. Setzung von Maßnahmen dagegen;

11. die Unterstützung, Förderung, Information und Beratung der Studierenden der **Studienrichtung Pharmazie** in allen die Berufsausübung betreffenden Belangen;

12. die **Beratung und Unterstützung** der Mitglieder bei der Erlangung der **Selbständigkeit** bzw. die Mithilfe beim Aufbau von Apothekenunternehmen;

13. der **Erwerb von Apothekenbeteiligungen** bzw. -unternehmen sowie die Beteiligung an nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Prinzipien errichteten Unternehmungen zur Sicherung des Verbandsvermögens;

14. die Herausgabe der **Vereinszeitung „pharmazie sozial“** oder sonstiger Medien, zur Bekanntgabe und Erörterung von Fragen wissenschaftlicher, berufs-, rechts-, sozial- und wirtschaftspolitischer Art, sowie zur Übermittlung von Nachrichten aus den Berufsgruppen und dem Verbandsleben und zur Förderung und Pflege der Fachwissenschaften;

15. der Betrieb der **Verbandshomepage** ([www.vaaoe.at](http://www.vaaoe.at));

16. die Abhaltung von Tagungen, Diskussionen, Arbeitskreisen, Kursen, Vorträgen, Versammlungen, Fort- und Ausbildungsveranstaltungen, Film- und

Fernsehvorführungen, Ausstellungen, Exkursionen sowie gesellschaftlichen **Veranstaltungen**, die in Verbindung mit Pharmazie stehen bzw. die Organisation und Durchführung von **Kongressen und Seminaren**;

17. der Betrieb von verbandseigenen Bildungsstätten unter den modernsten und fortschrittlichsten Gesichtspunkten der Schulung von Funktionären, Pharmazeuten und Studierenden der Pharmazie auf allen organisatorischen und wissenschaftlichen Gebieten der Pharmazie, auch durch Heranziehung von in- und ausländischen Fachexperten und Wissenschaftlern als Vortragende;

18. die Anbahnung und Pflege von Beziehungen zu **ähnlichen Verbänden** oder Vereinen mit berufspolitischen und/oder pharmazeutischen Aufgabenbereichen zum Zwecke der Zusammenarbeit, des Meinungs- und Erfahrungsaustausches im In- und **Ausland** und

19. die **Gründung einer internationalen Interessenvertretung** für angestellte Apotheker.

(3) Die erforderlichen **materiellen Mittel** werden aufgebracht durch:

1. **Mitgliedsbeiträge**
2. **Spenden** und Sponsoring
3. **Erträge** der Verbandszeitschrift und sonstiger Druckwerke, CD's, Videos, DVD's, elektronischer Medien, etc.
4. Erträge aus Veranstaltungen des Verbandes
5. Erträge aus Beteiligungen an wirtschaftlichen, nach kaufmännischen Prinzipien geführten Unternehmungen
6. Erträge aus den Zinsen und sonstigen Erträgen des Verbandsvermögens und
7. **Geschenke**, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen.

## **§ 4 Mitgliedschaft**

(1) Der Verband wird gebildet aus:

1. **ordentlichen** Mitgliedern;
2. **außerordentlichen** Mitgliedern;
3. **Studentenmitgliedern** und
4. **Ehrenmitgliedern**.

(2) **Ordentliche Mitglieder** des Verbandes sind Pharmazeuten mit abgeschlossenem Pharmaziestudium (Mag. pharm./Dr. pharm.), die weder Konzessionsinhaber, noch Besitzer, Mitbesitzer oder Pächter einer bestehenden öffentlichen Apotheke sind. Mitbesitzern von öffentlichen Apotheken, welche überwiegend als Apotheker in einem Angestelltenverhältnis tätig sind, kann die Aufnahme als ordentliches Mitglied des Verbandes ermöglicht werden.

(3) **Außerordentliche Mitglieder** des Verbandes sind physische oder juristische Personen, welche durch ideelle, wissenschaftliche oder materielle Beiträge die Ziele des Verbandes fördern.

(4) **Studentenmitglieder** sind Studenten der Pharmazie, die in Österreich, in einem EU- oder EWR-Staat oder in der Schweiz ihr Studium absolvieren und die weder Besitzer noch Mitbesitzer einer Apotheke sind.

(5) **Ehrenmitglieder** (Ehrenpräsidenten) sind physische Personen, welche sich besondere Verdienste um den Verband bzw. um den Apothekerstand erworben haben.

## § 5 Beginn der Mitgliedschaft

(1) **Ordentliche Mitglieder** und **Studentenmitglieder** werden aufgrund ihrer schriftlichen Beitrittserklärung durch **Beschluss des Vorstandes** aufgenommen. Die **Mitgliedschaft beginnt** mit dem **Tag der Beschlussfassung**.

(2) **Außerordentliche Mitglieder** werden in der Regel vom Vorstand zum Beitritt in den Verband eingeladen und gelten mit dem **Tag ihrer Zustimmung** als aufgenommen.

(3) **Ehrenmitglieder** (Ehrenpräsidenten) werden über Vorschlag des Vorstandes von der Delegiertenversammlung ernannt. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem **Tag der Beschlussfassung**.

(4) Über die Mitgliedschaft (nach Abs. 1 bzw. jener Bewerber nach Abs. 2 welche von sich aus um die Mitgliedschaft ansuchen) entscheidet der **Vorstand** mit **einfacher Stimmenmehrheit**. Bei Stimmengleichheit gilt - entgegen § 14 Abs. 8 - der Antrag als abgelehnt. Im Falle der Verweigerung der Aufnahme ist der Vorstand zur Angabe der Gründe nicht verpflichtet.

## § 6 Ende der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet:

1. durch **freiwilligen Austritt** aufgrund einer schriftlichen, eigenhändig unterfertigten Austrittserklärung mit Wirkung zu den Kalenderquartalsenden (31.03., 30.06., 30.09., 31.12., ) unter Einhaltung einer 3 - monatigen Kündigungsfrist;

2. durch Eintritt eines Sachverhaltes gemäß § 4 Abs. 2 aufgrund dessen eine ordentliche Mitgliedschaft ausgeschlossen ist (dh. Eintritt der **Selbständigkeit**: Konzessionär, Besitzer, Mitbesitzer/Gesellschafter oder Pächter). Die Mitgliedschaft endet mit dem Letzten des Monats, indem die Meldung des Eintrittes der Selbständigkeit in der Verbandskanzlei einlangt.

3. durch **Ableben** bei physischen Personen und durch Erlöschen der Rechtspersönlichkeit bei juristischen Personen

4. durch **Streichung** aus der Mitgliederliste wegen **qualifiziertem Beitragsrückstand** (§ 7 Abs. 4);

5. durch **Ausschluss** durch einen mit 2/3 Mehrheit gefassten **Vorstandsbeschluss** wegen **grob satzungswidrigem Verhaltens** (§ 14 Abs. 2 Z 11) bzw. wegen Nichtunterwerfung unter einen Schiedsspruch des Schiedsgerichtes (§ 20 Abs. 6);

6. durch **Aberkennung** der Mitgliedschaft aufgrund eines rechtskräftigen **Erkenntnisses des Ehrenrates** nach § 19 Abs 9 Z 4, sowie

7. **bei Studentenmitgliedern** durch den **erfolgreichen Abschluss** (Mag. pharm./Dr. pharm.) oder durch **Abbruch des Studiums** mit dem auf das Einlangen der Meldung folgenden Monatsletzten.

(2) Mit dem Ende der Mitgliedschaft **erlöschen die Rechte** gemäß § 8 gegenüber dem Verband.

(3) Ausgeschiedene Mitglieder haben weder Anspruch auf Anteile am Verbandsvermögen, noch auf **Rückerstattung von Mitgliedsbeiträgen**.

## § 7 Mitgliedsbeiträge

(1) **Ordentliche Mitglieder** des Verbandes haben regelmäßig an den Verband **Beiträge** zu leisten. Das Beitragsschema ist nach sachlichen Kriterien zu errichten und von der Delegiertenversammlung zu beschließen.

(2) Das Präsidium ist ermächtigt, Mitgliedern, die sich in einer **wirtschaftlichen Notlage** befinden, auf deren Antrag eine **Stundung, Herabsetzung** oder ausnahmsweise **befristete Beitragsfreistellung** zu bewilligen.

(3) Die **Mitgliedsbeiträge** der von der Gehaltskasse besoldeten Mitglieder werden von dieser **vom Gehaltskassengehalt einbehalten** und an den Verband abgeführt. Anderenfalls sind die Mitgliedsbeiträge mittels **Einzahlung** bzw. per Einziehungsauftrag **bis zum 16.** eines jeden Monats zu entrichten.

(4) Mitglieder, die trotz dreimaliger Mahnung **mehr als drei Monate** mit ihren Mitgliedsbeiträgen **im Rückstand** sind (**qualifizierter Beitragsrückstand**) und nicht um Stundung oder Erlass der Mitgliedsbeiträge angesucht haben, können vom Präsidium von der Mitgliederliste gestrichen werden (§ 6 Abs.1 Z 4).

(5) Ob und in welcher Höhe Mitgliedsbeiträge von **außerordentlichen Mitgliedern** des Verbandes zu leisten sind, wird fallweise durch Beschluss des Vorstandes bestimmt (z.B. fördernde Mitglieder).

(6) **Studentenmitglieder** haben **keine Mitgliedsbeiträge** zu entrichten.

(7) **Ehrenmitglieder** (Ehrenpräsidenten), auch wenn sie zugleich ordentliche Mitglieder des Verbandes sind, haben **keine Mitgliedsbeiträge** zu entrichten.

## § 8 Rechte der Mitglieder

(1) **Ordentliche Mitglieder** haben das Recht auf aktive Einflussnahme auf das Verbandsgeschehen (aktives und passives Wahlrecht, Teilnahme an der Delegiertenversammlung, Antragsrecht in der Delegiertenversammlung) sowie auf Nutzung der vom Verband angebotenen satzungsmäßigen Leistungen (Teilnahme an Veranstaltungen, Nutzung von Verbandseinrichtungen, Bezug der Verbandszeitschrift „pharmazie sozial“, Beratung und Unterstützung).

(2) **Studentenmitglieder** haben das Recht

1. auf individuelle Rechtsberatung jedoch ohne finanzielle Unterstützung;
2. auf die Nutzung von Verbandseinrichtungen;
3. auf Teilnahme an Veranstaltungen des Verbandes;
4. auf Beitritt zu den vom Verband angebotenen Gruppenversicherungen;
5. auf Zusendung studentenspezifischer Rundschreiben oder Information;
6. auf Teilnahme an der Delegiertenversammlung;
7. auf Zusendung der Verbandszeitschrift „pharmazie sozial“.

(3) **Außerordentliche Mitglieder** besitzen das Recht auf Nutzung der Verbandseinrichtungen nach Abs. 2 Z 2 bis Z 4 und Z 7.

(4) **Ehrenmitglieder** werden zu den Delegiertenversammlungen des Verbandes eingeladen und nehmen mit beratender Stimme daran teil.

### **§ 9 Pflichten der Mitglieder**

(1) Die Mitglieder des Verbandes haben sich für den **Vereinszweck** (§ 2) und für die **Erreichung der Ziele** des Verbandes einzusetzen, die Bestimmungen der **Satzung einzuhalten**, das Ansehen des Verbandes, sowie des gesamten Apothekerstandes zu fördern und alles zu unterlassen, was dem Verband einen ideellen oder materiellen Schaden zufügen könnte.

(2) Die Mitglieder des Verbandes haben gemäß den Bestimmungen des § 7 dieser Satzungen **Mitgliedsbeiträge** zu leisten.

(3) Jede **Veränderung** des Namens, der Wohnanschrift und des Dienstortes ist der Verbandskanzlei unverzüglich mitzuteilen.

(4) **Studentenmitglieder** haben der Verbandskanzlei sowohl das Ende ihres Studiums (Abschluss, Doktoratsstudium oder Abbruch) als auch den Eintritt ins Berufsleben unverzüglich mitzuteilen.

### **§ 10 Organe des Verbandes**

(1) Der Verband wird durch seine **Organe** tätig. Diese sind:

1. die **Delegiertenversammlung**;
2. das **Präsidium**;
3. der **Vorstand**;
4. der **Präsident** (Vizepräsidenten);
5. der **Vermögensverwalter** (Stellvertreter);
6. die **Rechnungsprüfer**;
7. der **Ehrenrat**;
8. das **Schiedsgericht** und
9. die **Landesgruppen**

(2) Die Organe des Verbandes, mit Ausnahme des Schiedsgerichtes, sind für die **Dauer** von **5 Jahren** gewählt. Das Schiedsgericht wird für den Anlassfall ad hoc gebildet.

### **§ 11 Delegiertenversammlung**

(1) Die **Delegiertenversammlung** besteht aus dem **Vorsitzenden** und den höchstens **36** gemäß der Wahlordnung 2010 gewählten **Delegierten** (vgl. § 2 Abs. 1 WO 2010).

(2) Den **Vorsitz** führt der **Präsident**, bei dessen Verhinderung einer der **Vizepräsidenten** bzw. bei deren Verhinderung das älteste anwesende Mitglied der Delegiertenversammlung.



(3) Nach einer **Neuwahl** wird vom Vorsitzenden des Wahlausschusses oder von einem von ihm beauftragten Vertreter eine **außerordentliche Delegiertenversammlung** gemäß § 10 der WO 2010 einberufen, wobei dieser auch den **Vorsitz** in der Versammlung führt.

(4) Während der Funktionsperiode ist eine **ordentliche Delegiertenversammlung** in der Regel einmal jährlich, **mindestens** jedoch **einmal in zwei Jahren** aufgrund eines Vorstandsbeschlusses einzuberufen.

(5) Eine **außerordentliche Delegiertenversammlung** ist – abgesehen vom Fall des Abs. 3 (dh. nach einer Neuwahl) – einzuberufen:

1. auf **Beschluss des Vorstandes** bzw. bei dessen Handlungsunfähigkeit über Entscheidung des **Präsidenten** des Verbandes;

2. aufgrund eines **von mindestens 1/10 der Mitglieder** unterzeichneten schriftlichen Antrags;

3. auf **Beschluss der Delegiertenversammlung**.

(6) Ordentliche und außerordentliche Delegiertenversammlungen werden – mit Ausnahme der Delegiertenversammlung nach einer Neuwahl gemäß Abs. 3 – **vom Präsidenten** des Verbandes unter Angabe von Ort und Zeit, sowie unter Beischluss der Tagesordnung binnen 28 Tagen ab dem Tage der Beschlussfassung bzw. nach Eintreffen des schriftlichen Antrages unter Einhaltung einer 14tägigen Einberufungsfrist **einberufen**.

(7) Die Delegiertenversammlung ist **beschlussfähig**, wenn außer dem Vorsitzenden **mindestens 1/3 der Delegierten anwesend** ist und fasst ihre **Beschlüsse** mit **einfacher Stimmenmehrheit**. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Ist die Delegiertenversammlung zum angegebenen Zeitpunkt **nicht beschlussfähig**, so findet eine **halbe Stunde** später eine **außerordentliche Delegiertenversammlung** mit gleicher Tagesordnung statt, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Delegierten beschlussfähig ist.

(8) Zur Beschlussfassung über eine Änderung der **Satzung** bzw. der **Wahlordnung** - ausgenommen einer solchen, die lediglich redaktionellen Charakter hat bzw. der Anpassung an rechtliche Vorschriften dient - ist die Anwesenheit von mindestens der **Hälfte der Delegierten** und eine **2/3 Stimmenmehrheit** erforderlich. Für den Beschluss zur **Auflösung des Verbandes** sind die Anwesenheit von mindestens **3/4 der Delegierten** und eine **3/4 Stimmenmehrheit** erforderlich.

(9) **Gültige Beschlüsse** können, mit Ausnahme der Beschlussfassung gemäß Abs. 5 Z.3 (Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung), **nur zur Tagesordnung** gefasst werden. Auf Begehren von mindestens 1/3 der anwesenden Delegierten ist **geheim** mittels Stimmzettel abzustimmen.

(10) **Delegierte** haben das Recht, während der Delegiertenversammlung schriftliche oder mündliche **Anträge** zu stellen. Diese Anträge sind **in die Tagesordnung aufzunehmen**, wenn sie **mindestens von 1/3** der anwesenden Delegierten **Unterstützung** finden.

(11) Die Mitglieder des **Vorstandes** und die **Rechnungsprüfer** werden zur Delegiertenversammlung **eingeladen** und nehmen mit beratender Stimme teil, erstere sofern sie nicht selber Delegierte sind.

(12) Die Delegiertenversammlung ist **für sämtliche Mitglieder** des Verbandes **öffentlich**, jedoch kann die **Öffentlichkeit** aufgrund eines Antrages von mindestens 1/3 der anwesenden Delegierten **ausgeschlossen** werden.

(13) Bei Gefahr im Verzug kann ein Beschluss der Delegiertenversammlung durch einen schriftlichen **Umlaufbeschluss** eingeholt werden. Das **Protokoll** über den Umlaufbeschluss (Abs. 14) ist bei der nächsten Delegiertenversammlung vom Vorsitzenden zu **verlesen**.

(14) Über die Tagesordnung der Delegiertenversammlung bzw. über die Einholung eines Umlaufbeschlusses nach Abs. 13 ist vom Direktor des Verbandes **Protokoll** zu führen, aus welchem die Zahl der anwesenden Delegierten, die Beschlussfähigkeit und das Stimmenverhältnis, sowie alle Angaben ersichtlich sein müssen, welche eine Überprüfung der satzungsmäßigen Gültigkeit der gefassten Beschlüsse ermöglichen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Direktor des Verbandes zu zeichnen.

## § 12 Wirkungsbereich der Delegiertenversammlung

(1) Der Delegiertenversammlung als oberstem Organ des Verbandes obliegt: die **Wahl**

1. des **Präsidenten**;
  2. des ersten und zweiten **Vizepräsidenten**;
  3. des **Vermögensverwalters** und seines Stellvertreters;
  4. eines **Vertreters jedes Zweigverbandes** und seines Stellvertreters;
  5. der **Rechnungsprüfer** und deren Stellvertreter;
  6. der **Mitglieder des Ehrenrates** und deren Stellvertreter.
- (vgl. § 10 Abs. 2 der WO 2010)

(2) Der Delegiertenversammlung obliegt weiters:

1. die **Entgegennahme der Berichte** des Präsidenten und des Direktors, des Berichtes des Vermögensverwalters über den **Rechnungsabschluss**, sowie die Beschlussfassung darüber;
2. die **Entlastung des Vorstandes**;
3. die Beschlussfassung über die Erstellung bzw. Änderung der **Satzungen** und der **Wahlordnung** (erhöhtes Präsenz- bzw. Konsensquorum gemäß § 11 Abs. 8);
4. die Beschlussfassung über Errichtung bzw. Auflösung von **Zweigverbänden** (§ 22);
5. die Beratung und Beschlussfassung über die gemäß den Bestimmungen dieser Satzungen vorgelegten **Anträge** des Präsidiums, des Vorstandes oder der Delegierten nach § 11 Abs. 10;
6. die Ernennung von **Ehrenmitgliedern** (Ehrenpräsidenten) bzw. die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
7. die Festsetzung der **Mitgliedsbeiträge** (ausgenommen für außerordentliche Mitglieder nach § 14 Abs. 5 Z 10);
8. die Beschlussfassung über **Aufwandsentschädigungen** von Funktionären;
9. die Einberufung einer **außerordentlichen Delegiertenversammlungen** gemäß § 11 Abs. 5 Z.3, sowie
10. die Beschlussfassung über die **Auflösung des Verbandes**, sowie über die Verwendung des verbleibenden Verbandsvermögens (erhöhtes Präsenz- bzw. Konsensquorum gemäß § 11 Abs. 8 und § 23).

## § 13 Präsidium

(1) Dem **Präsidium** gehören mit **Sitz und Stimme** an:

1. der **Präsident**;
2. der **erste Vizepräsident**;
3. der **zweite Vizepräsident**;
4. der **Direktor** des Verbandes;
5. der **Vermögensverwalter** und
6. der **Vermögensverwalter-Stellvertreter**.

(2) Dem **Präsidium** obliegt die **ordentliche Geschäftsführung** in sämtlichen Angelegenheiten des Verbandes sofern diese nicht einem anderen Organ zugewiesen sind (insbesondere der Delegiertenversammlung gemäß § 12 Abs. 2 bzw. dem Vorstand gemäß § 14 Abs. 5).

(3) Das Präsidium tagt in der Regel einmal wöchentlich in der Verbandskanzlei. Den **Vorsitz** im Präsidium führt der **Präsident** (vgl. § 15 Abs. 2), wobei er einen Vizepräsidenten oder den Direktor mit seiner Vertretung beauftragen kann.

(4) Das Präsidium ist **beschlussfähig**, wenn mindestens die  **Hälfte** der Mitglieder anwesend ist, darunter zumindest ein Mitglied nach Abs. 1 Z 1 bis Z 3. Beschlüsse werden mit **einfacher Stimmenmehrheit** gefasst. Bei **Stimmengleichheit** entscheidet die Stimme des **Vorsitzenden**.

(5) Kann aufgrund der Wichtigkeit einer Entscheidung nicht bis zur nächsten Präsidiumssitzung zugewartet werden, so kann der Direktor nach Rücksprache mit dem Präsidenten oder dessen Vertreter einen **Umlaufbeschluss** des Präsidiums per Telefon, Post, Fax oder e-Mail einholen. Dieser ist dann in der nächsten Präsidiumssitzung zu protokollieren.

## § 14 Vorstand

(1) Dem **Vorstand** gehören mit **Sitz und Stimme** an:

1. der **Präsident**;
2. der **erste Vizepräsident**;
3. der **zweite Vizepräsident**;
4. der **Direktor** des Verbandes;
5. der **Vermögensverwalter**;
6. der **Vermögensverwalter-Stellvertreter**;
7. die **Landesgruppenobleute**, bei deren Verhinderung ihre Stellvertreter;
8. die **Vertreter von Zweigverbänden**, sowie
9. die beiden **Direktmandatare**.

(2) Die **Mitglieder des Vorstandes** werden mit Ausnahme des Direktors, der Landesgruppenobleute und der Direktmandatare **von der Delegiertenversammlung** gemäß § 12 Abs. 1 Z1 – Z3 sowie den §§ 10 bis 12 der WO 2010 **gewählt**. Die Direktmandatare werden gemäß § 4 der WO 2010, die Landesgruppenobleute gemäß § 5 der WO 2010 **direkt von den Mitgliedern gewählt**. Der Direktor ist Angestellter des Verbandes (vgl. § 16 Abs. 1).

(3) Scheidet ein Mitglied aus dem Vorstand aus, so ist bei **Vakanz** der Position des Präsidenten, eines Vizepräsidenten, des Vermögensverwalters oder seines Stellvertreters jedenfalls eine **Nachwahl** durchzuführen.

(4) Dem **Vorstand** obliegt die **außerordentliche Geschäftsführung** in sämtlichen Angelegenheiten des Verbandes.

(5) Dem **Vorstand** obliegt außerdem:

1. die Beschlussfassung über die **Einberufung** einer ordentlichen bzw. einer außerordentlichen **Delegiertenversammlungen**, sowie die **Vorbereitung** der **Anträge** und der **Tagesordnung** für die Delegiertenversammlung;
2. die **Durchführung** bzw. Überwachung des genauen und fristgerechten Vollzuges **der Beschlüsse der Delegiertenversammlung**;
3. die Beratung und Beschlussfassung über alle **standespolitischen, verbandsrechtlichen**, sowie **sozial- und wirtschaftspolitischen** Aufgaben und Zielsetzungen des Verbandes (insb. Leitlinienkompetenz);
4. die Aufstellung des jährlichen **Rechnungsabschlusses** und Vorlage zur Genehmigung durch die Delegiertenversammlung gemäß § 12 Abs. 2 Z 1;
5. die Beschlussfassung über die **Anlage** des **Verbandsvermögens**, sofern von einer üblichen Praxis abgewichen wird;
6. die Beschlussfassung über die **Verwendung von Verbandvermögen**, sofern die Kosten der einzelnen Anschaffung bzw. des Projekts € 15.000,- übersteigen;
7. die Entgegennahme und Beurteilung der **Berichte** des Präsidenten, des Direktors und des Vermögensverwalters des Verbandes, sowie die **Entlastung** des Präsidiums;
8. die Wahrnehmung der **Eigentümergefunktion** in Unternehmungen, an denen der Verband wirtschaftlich beteiligt ist;
9. die **Beschlussfassung über Anträge**, die von Mitgliedern des Vorstandes eingebracht wurden;
10. die Festlegung von **Mitgliedbeiträgen** für **außerordentliche Mitglieder** (vgl. § 7 Abs. 5);
11. die Beschlussfassung über die **Aufnahme**, den **Ausschluss** und die **Streichung** von ordentlichen und außerordentlichen **Mitgliedern** des Verbandes, erstere sofern sie **keine Funktionen** im Verband innehaben (bei Funktionären ist zunächst ein Abwahl- bzw. Enthebungsverfahren nach § 13 WO 2010 durchzuführen);
12. die Beschlussfassung über **Gehaltsfragen** der Angestellten des Verbandes;
13. die Beschlussfassung über **Grundsätze der Personalangelegenheiten** die Angestellten der Verbandskanzlei betreffend;
14. die Bestellung und Abberufung des **Direktors** und des **Direktorstellvertreters**, sowie die Beschlussfassung über die Errichtung, die Änderung, die Ergänzung bzw. die Kündigung des **Dienstvertrags des Direktors**;
15. die Bestellung und Abberufung des **Anwaltes des Ehrenrates**;
16. die Erstellung und Beschlussfassung einer **Geschäftsordnung**;
17. die Erstellung und Beschlussfassung einer **Ehrenordnung**;

18. die Erstellung und Beschlussfassung eines **Rechtsschutz-Statuts**;

19. die Zustimmung zu Geschäften, die zwischen dem Verband und einem leitenden Funktionär (ds. die Mitglieder des Präsidiums), einem Landesgruppenobmann oder einem Rechnungsprüfer abgeschlossen werden (**Insichgeschäfte**), sowie

20. die Beschlussfassung in allen Angelegenheiten der **ordentlichen Geschäftsführung**, in denen das **Präsidium** eine Entscheidung des Vorstands sucht.

(6) Der Vorstand wird **bei Bedarf** jedoch mindestens einmal jährlich über Antrag des Präsidenten oder über schriftliches Begehren von mindestens 1/3 der Mitglieder des Vorstandes **vom Direktor einberufen**.

(7) Den **Vorsitz** führt der **Präsident** (vgl. § 15 Abs. 2), wobei er einen Vizepräsidenten oder den Direktor mit seiner Vertretung beauftragen kann.

(8) Der Vorstand ist nach ordnungsgemäßer Ladung seiner Mitglieder **beschlussfähig**, wenn mindestens die  **Hälfte**  der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit **einfacher Stimmenmehrheit** gefasst. Bei **Stimmengleichheit** entscheidet die Stimme des **Vorsitzenden**. Auf Verlangen von mindestens 1/3 der anwesenden Mitglieder ist **geheim** mittels Stimmzettel abzustimmen. Zu Beschlüssen nach § 6 Abs. 1 Z 5 über den **Ausschluss von Mitgliedern** ist eine **2/3** Stimmenmehrheit erforderlich.

(9) Ist der Vorstand zum angegebenen Termin mangels Anwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder **nicht beschlussfähig**, so findet eine **halbe Stunde** später eine **außerordentliche Vorstandssitzung** mit gleicher Tagesordnung statt, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vorstandsmitglieder beschlussfähig ist, sofern zumindest Präsident, Vermögensverwalter und Direktor bzw. deren Stellvertreter anwesend sind.

(10) Die **Sitzungsprotokolle** sind am Beginn der nächstfolgenden Sitzung den Mitgliedern des Vorstandes zur Kenntnis zu bringen und gelten als genehmigt, wenn kein Einwand erhoben wird. Im Übrigen sind jedem Mitglied des Vorstandes auf Wunsch die Sitzungsprotokolle des Vorstandes in der Verbandskanzlei zur Einsicht vorzulegen.

(11) Zu den Sitzungen des Vorstandes sind im Bedarfsfalle die **Rechnungsprüfer**, sowie **sachkundige Personen** einzuladen und nehmen mit beratender Stimme an der Sitzung teil.

(12) Ist aufgrund der Wichtigkeit einer Entscheidung die Einberufung einer ordentlichen Vorstandssitzung nicht möglich oder nicht tunlich, so kann der Direktor nach Rücksprache mit dem Präsidenten oder dessen Vertreter einen **Umlaufbeschluss** der Vorstandsmitglieder per Post, Fax oder e-Mail einholen. Dieser ist dann in der nächsten Vorstandssitzung zu protokollieren.

## § 15 Präsident

(1) Der Präsident **vertritt den Verband nach außen** und **zeichnet** mit **Gegenzeichnung** des **Direktors** alle schriftlichen Ausfertigungen und Urkunden, welche aufgrund satzungsgemäß gefasster Beschlüsse von Organen des Verbandes bestehende Rechtsverhältnisse abändern, beenden bzw. neue begründen oder Willensäußerungen des Verbandes gegenüber Behörden, Dienststellen oder sonstigen Nichtmitgliedern darstellen. Schriftstücke, welche finanzielle Verpflichtungen beinhalten, sind auch vom **Vermögensverwalter** zu zeichnen.

(2) Der **Präsident** führt in der **Delegiertenversammlung** (§ 11 Abs. 2), im **Vorstand** (§ 14 Abs. 7) und im **Präsidium** (§ 13 Abs. 3) den **Vorsitz** und ordnet deren **Einberufung** an.

(3) Dem Präsidenten obliegt die **Überwachung der Verbandsgebarung** in allen ihren Teilen.

(4) Der Präsident kann einen Vizepräsidenten bzw. den Direktor mit seiner **Vertretung** betrauen. Trifft er keine diesbezügliche Regelung, so vertritt ihn der **erste Vizepräsident**, bei dessen Verhinderung, der **zweite Vizepräsident** und bei dessen Verhinderung der **Direktor**.

(5) Der Präsident ist berechtigt, in allen Angelegenheiten des Verbandes, eine Entscheidung zu treffen, wenn anderenfalls dem Verband ein nicht wieder gutzumachender Schaden entstünde (**Notgeschäftsführung**). Dem Präsidium ist unverzüglich Bericht zu erstatten. Dieses entscheidet, ob der Vorstand bzw. die Delegiertenversammlung damit zu befassen sind.

(6) Mit der Wahl eines Mitgliedes zum Präsidenten des Verbandes erlöschen mit gleicher Wirkung dessen sonstige Funktionen im Verband (**Inkompatibilität**).

## **§ 16 Direktor, Direktorstellvertreter und Verbandskanzlei**

(1) Der **Direktor leitet** die **Verbandskanzlei** unter eigener Verantwortung, aber unter Bindung an die Bestimmungen dieser **Satzungen**, der **Wahlordnung 2010**, sowie an die satzungsgemäß gefassten **Beschlüsse** der Organe des Verbandes. Er ist Dienstvorgesetzter aller in der **Verbandskanzlei** in einem Dienstverhältnis stehenden Personen.

(2) Der Direktor wird auf Vorschlag des Präsidenten **vom Vorstand bestellt** (vgl. § 15 Abs. 5 Z 14) und aufgrund eines **Dienstvertrages** als leitender Angestellter beschäftigt.

(3) Der Direktor hat den laufenden **Schrift- und Zahlungsverkehr** zu erledigen und **zeichnet** alle Schriftstücke, deren Zeichnung satzungsgemäß nicht dem Präsidenten vorbehalten ist (§ 15 Abs. 1). Schriftstücke, deren Zeichnung satzungsmäßig dem Präsidenten vorbehalten ist, sind von ihm - wenn satzungsgemäß - **gegenzuzeichnen**.

(4) Der Direktor hat für die ordentliche **Protokollierung** bei allen Sitzungen des Präsidiums, des Vorstandes, sowie der Tagungen der Delegiertenversammlung Sorge zu tragen.

(5) Zur Vertretung des Direktors ist ein **Direktorstellvertreter** vom Präsidium vorzuschlagen und vom Vorstand mit Beschluss zu bestellen (§ 14 Abs. 5 Z 14).

(6) Der Direktor kann den Direktorstellvertreter oder einen Vizepräsidenten mit seiner **Vertretung** betrauen. Trifft er keine diesbezügliche Regelung, so vertritt ihn der **Direktorstellvertreter**, bei dessen Verhinderung der **erste Vizepräsident**, und bei dessen Verhinderung der **zweite Vizepräsident**.

(7) Mit der **Ernennung eines ordentlichen Mitgliedes zum Direktor** des Verbandes erlöschen mit gleicher Wirkung dessen sonstige Funktionen im Verband (**Inkompatibilität**).

## § 17 Vermögensverwalter

(1) Der Vermögensverwalter überwacht die gesamte **finanzielle Gebarung des Verbandes**, die Führung der erforderlichen Kassabücher und ihm obliegt die Erstellung und Durchführung des jährlichen **Vermögensberichtes** im Vorstand und in der Delegiertenversammlung.

(2) Der **Vermögensverwalter** und sein **Stellvertreter** werden von der **Delegiertenversammlung** gewählt (§ 12 Abs. 1 Z 3 dieser Satzung iVm § 10 Abs. 2 Z 3 WO 2010).

(3) Im Falle der **Verhinderung** des Vermögensverwalters gehen dessen Funktionen auf seinen **Stellvertreter** über.

## § 18 Rechnungsprüfer

(1) Den Rechnungsprüfern obliegen die **laufende Kontrolle der Buchhaltung**, die **Prüfung der satzungsmäßigen und materiellen Richtigkeit der Geldgebarung** und sonstigen vermögensrechtlichen Verfügungen, sowie die **Prüfung des Rechnungsabschlusses**.

(2) Die **zwei Rechnungsprüfer** und deren **Stellvertreter** werden von der **Delegiertenversammlung** gewählt (§ 12 Abs. 1 Z 5 dieser Satzung iVm § 10 Abs. 2 Z 5 WO 2010).

(3) Rechnungsprüfer und Stellvertreter dürfen in dieser Funktionsperiode **nicht Mitglieder** des **Präsidiums** bzw. des **Vorstands** sein. Zum Rechnungsprüfer bzw. Stellvertreter kann jedoch auch ein **Nichtmitglied des Verbandes** gewählt werden. Dieses darf jedoch keinen maßgeblichen Einfluss auf die Führung des Verbandes haben (vgl. § 11 Abs. 3 WO 2010).

(4) Die Rechnungsprüfer üben ihre Tätigkeit **gemeinsam** aus. Bei **Verhinderung** eines Rechnungsprüfers übernimmt ein **Stellvertreter** dessen Funktion.

(5) Die Rechnungsprüfer sind an feste Termine nicht gebunden, jedoch verpflichtet, **mindestens einmal jährlich** ihre **Kontrolltätigkeit** auszuüben.

(6) Die Ergebnisse der Kontrolltätigkeiten sind in einem **schriftlichen Bericht** je Überprüfung an den Vorstand, sowie einem **schriftlichen Jahresbericht** zur Verlesung in der Delegiertenversammlung zusammenzufassen.

## § 19 Ehrenrat

(1) Der Ehrenrat **urteilt** über Mitglieder des Verbandes, welche mut- bzw. böswillig oder fahrlässig Ehre und Ansehen des Verbandes, sowie des Apothekerstandes verletzt, den Satzungen des Verbandes zuwidergehandelt oder Anordnungen von Organen des Verbandes nicht gebührend Folge geleistet haben.

(2) Der Ehrenrat besteht aus einem **Vorsitzenden** und **zwei Beisitzern**, sowie deren **Stellvertreter**.

(3) Der Vorsitzende, sein Stellvertreter, die beiden Beisitzer und mindestens zwei Stellvertreter werden **von der Delegiertenversammlung gewählt** (§ 12 Abs. 1 Z 6).

(4) Der **Vorsitzende** des Ehrenrates muss nicht Mitglied des Verbandes sein. Kein Mitglied des Ehrenrates darf Mitglied des Präsidiums und des Vorstandes sein. In Ausübung ihrer Funktion sind die Mitglieder des Ehrenrates an Weisungen eines Organs des Verbandes nicht gebunden. Die §§ 67 bis 71 StPO finden sinngemäß Anwendung.

(5) Zur Vertretung der Interessen und zur Wahrung von Ehre und Ansehen des Verbandes ist vom Vorstand eine rechtskundige Person zum **Anwalt des Ehrenrates** zu bestellen.

(6) **Anzeigen** sind **schriftlich** über die Verbandskanzlei an den **Anwalt des Ehrenrates** zu richten. Die Anzeige muss den Namen des beschuldigten Mitgliedes des Verbandes, genaue Angaben über die verschuldete Tathandlung und Namen und Adresse des Einbringers der Anzeige enthalten. Nach Möglichkeit sind Beweise und Angaben von Zeugen beizufügen.

(7) Über **Durchführung oder Ablehnung eines Verfahrens** entscheidet der Ehrenrat. Dem Anwalt des Ehrenrates steht gegen den Beschluss des Ehrenrates auf Ablehnung eines beantragten Verfahrens die Ergreifung von Rechtsmitteln nicht zu. Abgewiesene Anzeigen an den Ehrenrat sind an den Vorstand zu verweisen. Liegt das verschuldete Vergehen mehr als zwei Jahre zurück, tritt Verjährung ein.

(8) Wird ein **Verfahren** eröffnet, dann ist der Inhalt der Anzeige dem beschuldigten Mitglied zur Kenntnis zu bringen.

(9) **Ehrenstrafen** sind:

1. die **Mahnung**;
2. zeitliche oder dauernde **Aberkennung von Funktionen** im Verbands;
3. zeitliche oder dauernde **Aberkennung des** aktiven und passiven **Wahlrechtes**;
4. **Aberkennung der Mitgliedschaft** des Verbandes.

(10) Gegen ein **Erkenntnis** des Ehrenrates ist **Berufung nicht möglich**. Der Ehrenrat ist zur Begründung seines Erkenntnisses im Urteilsspruch verpflichtet.

(11) Der **Beschuldigte**, als auch der Ankläger sind berechtigt, eine rechtskundige Person oder ein Mitglied des Verbandes zum Rechtsbeistand zu wählen.

(12) Nähere Bestimmungen werden vom Vorstand in einer **Disziplinarordnung** getroffen (§ 14 Abs. 5 Z 17).

## § 20 Schiedsgericht

(1) In allen **aus dem Verbandsverhältnis entstehenden Streitfällen** entscheidet das Schiedsgericht. Das Schiedsgericht wird **für jeden Streitfall neu gebildet** und besteht aus dem **Vorsitzenden** und **4 weiteren Mitgliedern**.

(2) Das Schiedsgericht wird gebildet, indem **jede der streitenden Parteien** innerhalb von 8 Tagen nach der Anrufung des Schiedsgerichtes je **zwei Mitglieder** dem Vorstand bekannt gibt. Die so gewählten **vier Mitglieder des Schiedsgerichtes wählen** gemeinsam ein **fünftes Mitglied zum Vorsitzenden**. Wird keine Einigung erzielt, bestimmt das Los aus dem Kreis der vorgeschlagenen Personen den Vorsitzenden. Die Ablehnung eines Mitgliedes wegen Befangenheit ist zulässig. Die §§ 67 bis 71 StPO finden sinngemäß Anwendung.



(3) Ist eine der streitenden Parteien nicht bereit oder imstande, die geforderte Zahl von Mitgliedern des Schiedsgerichtes namhaft zu machen, hat der Vorstand die fehlenden Mitglieder des Schiedsgerichtes zu bestimmen.

(4) Die Anrufung des Schiedsgerichtes erfolgt aufgrund einer **schriftlichen Meldung** des Streitfalles **an den Vorstand** mit dem ausdrücklichen Begehren auf Bildung eines Schiedsgerichtes. Fällt der Streitfall in die Kompetenz des Schiedsgerichtes, werden beide Parteien unter Bekanntgabe des Streitgrundes zur Namhaftmachung von zwei Mitgliedern des Schiedsgerichtes aufgefordert.

(5) Das Schiedsgericht **entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen** und trifft seine Entscheidungen mit **einfacher Stimmenmehrheit**. Eine Stimmenthaltung gilt als Zustimmung. Eine **Berufung** gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist **nicht möglich**.

(6) **Mitglieder** des Verbandes, die sich in einem Streitfall aus dem Verbandsverhältnis dem Schiedsgericht **nicht unterwerfen** oder die **Entscheidung** des Schiedsgerichtes **nicht anerkennen**, können vom Vorstand aus dem Verbandsverband **ausgeschlossen** werden (§ 6 Abs. 1 Z 5 2. Fall).

## § 21 Landesgruppen

(1) Die **Landesgruppen** sind Organe des Verbandes mit räumlich auf **ein Bundesland** beschränktem **Wirkungsbereich**.

(2) Die Landesgruppen bestehen in jedem Bundesland und werden aus dem **Landesgruppenobmann**, dem **Landesgruppenobmannstellvertreter** und den weiteren **ordentlichen Mitgliedern** des betreffenden **Bundeslandes** gebildet.

(3) Die **Landesgruppenobleute** und deren **Stellvertreter** werden von den Mitgliedern des Bundeslandes in **direkter Wahl** gemäß § 3 WO 2010 auf **fünf Jahre** gewählt.

(4) Maßgeblich für die **Zugehörigkeit zu einer Landesgruppe** ist der **Wohnort** im entsprechenden Bundesland (vgl. § 1 Abs. 4 WO 2010).

(5) Die Aufgaben der **Landesgruppen** sind:

1. die Organisation und Durchführung von **Mitgliederversammlungen** zum Zweck der **Benachrichtigung** der Mitglieder über Verbands- und Berufsgeschehnisse, sowie der Behandlung von Problemen des Berufsstandes, zur **Beratung** der Mitglieder in beruflichen Angelegenheiten und zur **Förderung** des gesellschaftlichen und kollegialen Zusammenschlusses, sowie der fachlichen Fortbildungen;

2. die Fassung von **Beschlüssen** die Landesgruppe bzw. den Apothekerstand betreffend zur Vorlage und Abstimmung an Präsidium, Vorstand oder Delegiertenversammlung;

3. die **Information** der Organe über landesspezifische Anliegen, sowie

4. die Organisation und Durchführung von **Landesgruppenversammlungen** zur Erstellung von **Wahlvorschlägen** für die Vertreter in die öffentlich-rechtlichen Körperschaften der Berufsgruppe für das betreffende Bundesland und zur Beschlussfassung von **Anträgen** und Resolutionen an Präsidium, Vorstand bzw. an die Delegiertenversammlung des Verbandes.

(6) Die **Landesgruppenversammlungen** werden vom **Landesgruppenobmann im Bedarfsfall bzw. auf Antrag** von mindestens 1/10 der Mitglieder der Landesgruppe **einberufen** und sind nach ordentlicher Ladung **ohne Rücksicht auf die Zahl** der erschienenen Mitglieder **beschlussfähig**.

(7) Der Landesgruppenobmann hält ständigen **Kontakt** zum Präsidium und zu den Vertretern in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften des betreffenden Bundeslandes.

(8) Ist in einem Bundesland **kein Landesgruppenobmann** gewählt bzw. durch den Vorstand kein **geschäftsführender Landesgruppenobmann** bestellt, übernimmt der **Präsident** die Funktionen des Landesgruppenobmanns.

(9) Auf Wunsch des Landesgruppenobmanns kann das Präsidium bzw. der Vorstand ein **Landesgruppenbudget** dotieren. In diesem Fall hat der Landesgruppenobmann eine Einnahmen–Ausgaben–Rechnung zu führen, diese mit dem Direktor zu koordinieren und von Rechnungsprüfern kontrollieren zu lassen.

## § 22 Zweigverbände

(1) Zweigverbände können sich **auf allen Sondergebieten der Pharmazie** bzw. für **Spezialaufgaben** innerhalb des räumlichen, sachlichen und persönlichen Geltungsbereiches des Verbandes bilden.

(2) Zweigverbände werden aufgrund **eigener Satzungen**, in welchen einzelne oder sämtliche Ziele des Verbandes angestrebt werden, begründet.

(3) Über Aufnahme oder Ausschluss von Zweigverbänden entscheidet die **Delegiertenversammlung** des Verbandes (§ 12 Abs. 2).

(4) Zweigverbände sind mit einem **Vertreter** (Stellvertreter) **im Vorstand** des Verbandes vertreten (§ 14 Abs. 1 Z 8).

(5) Mitglieder des Zweigverbandes sind **Mitglieder des Verbandes**.

(6) **Zweigverbände** haben einen an der Mitgliederzahl und an der Aufgabenverteilung orientierten **Beitrag pro Mitglied** des Zweigverbandes **an den Verband** zu entrichten. Die Höhe des Beitrages und die Einhebungsart bestimmt die Delegiertenversammlung.

(7) Der **Verband unterstützt** ideell und materiell die Zweigverbände zur Erreichung ihrer satzungsmäßigen Ziele und Aufgaben.

## § 23 Auflösung des Verbandes

(1) Die freiwillige Auflösung des Verbandes kann nur durch den **Beschluss einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Delegiertenversammlung** gefasst werden, wobei die **Anwesenheit** von mindestens 3/4 der Delegierten, sowie eine 3/4 **Stimmenmehrheit** der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich ist (§ 11 Abs. 8 iVm § 12 Abs. 2 Z 10). Diese Delegiertenversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Liquidation zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Liquidator zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Verbandsvermögen zu übertragen hat.

Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszweckes ist das verbleibende Vereinsvermögen für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34 ff BAO zu verwenden.

(2) Der letzte Vereinsvorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Sicherheitsdirektion schriftlich anzuzeigen. Er ist auch verpflichtet, die freiwillige Auflösung innerhalb derselben Frist in einem amtlichen Blatt zu verlautbaren.

## **§ 24 Schlussbestimmungen**

(1) Diese Satzung („**VAAÖ-Satzung 2010**“) wurde in der 99. Delegiertenversammlung am 26. September 2010 in Innsbruck **beschlossen**.

(2) Diese Satzung tritt mit **01. Oktober 2010 in Kraft**.

Die Präsidentin:

Mag.pharm. Ulrike Mayer

Der Direktor:

Mag.iur. Norbert Valecka

© VAAÖ 2010









